Presseinformation der SPD-Landtagsfraktion

Kiel, 05.07.2007, Nr.: 161/2007

Olaf Schulze:

Weitere Aufklärung zu Krümmel erforderlich

Zur heutigen Sitzung des Sozialausschusses und dem Bericht zu den Vorfällen in den Atomkraftwerken (AKW) Brunsbüttel und Krümmel am 28. Juni 2007 sagte der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Olaf Schulze:

Ministerin Dr. Gitta Trauernicht und ihr Ministerium haben ausführlich auf zahlreichen Fragen im Ausschuss geantwortet. Nach der Schilderung der Atomaufsichtsbehörde im Sozialministerium und des TÜV Nord bleiben nun vor allem Fragen an die Betreiberin des Atomkraftwerkes Krümmel zu dessen nicht erfolgter Informationspolitik und zur Verlässlichkeit der Stromnetze in Schleswig-Holstein und Deutschland offen:

Wieso – ich erinnere auch an die Vorfälle im schwedischen AKW Forsmark und die Auswirkungen auf Brunsbüttel im letzten Jahr – schweigt sich Vattenfall zu möglicherweise sicherheitsrelevanten Folgen der Schnellabschaltung im Reaktorgebäude in Krümmel aus und taucht fast vollständig in der öffentlichen Diskussion ab?

Warum kann nicht schon heute durch die Netzbetreiber belastbar die Frage beantwortet werden, ob die zwei Schnellabschaltungen in zwei Atomkraftwerken innerhalb von zwei Stunden und Stromausfälle in Hamburg untereinander kausal waren und wie sie ggf. in Zukunft vermieden werden können? Hier schließen sich für mich auch Fragen zur zwingend erforderlichen künftigen Ertüchtigung der Stromnetze an.

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel
Tel: 0431/ 988-1305/1307
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: pressestelle@spd.ltsh.de
Internet: www.spd.ltsh.de

Für uns bleibt die Zuverlässigkeit vor allem der Betreiberin von Krümmel ein schwer wiegendes Problem. Wir werden hier bei der sensiblen und offenkundig störanfälligen Technik der Atomkraftwerke nicht nachlassen und weiter die nötigen Fragen stellen.

Die aktuellen Vorfälle in den beiden Atomkraftwerken unterstreichen die Notwendigkeit, nicht am vereinbarten Ausstieg aus der Atomenergie zu rütteln. Völlig unverständlich sind vor allem Forderungen, Laufzeiten von neueren auf ältere AKW übertragen zu lassen. Wer die durchsichtige Strategie betreibt, alte AKW über den Termin der nächsten Wahlen zu retten und dabei auf neue Mehrheiten auf Bundesebene zu setzen, spielt mit dem Feuer. Denn diese bilden eine stetig wachsende Gefahrenquelle. Letztlich sind nur vollständig stillgelegte Atomkraftwerke wirklich sicher.